

Niederschrift

über die 32. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 24.09.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Sicherung der Grundschulversorgung im Ortsteil Büberich	5
2.1 Sicherung der Grundschulversorgung im Ortsteil Büberich; Verlagerung des Stadtarchivs Vorlage: BM/1020/2019	5
2.2 Antrag der Fraktionen SPD, FDP, Bündnis 90 - Die Grünen, UWG - Freie Wähler sowie Linke und Piraten v. 03.09.2019 bzgl. Verbleib des Stadtarchivs in Meerbusch Vorlage: BJ/0274/2019	6
3 Übertragung der Aufgaben der Rechnungsprüfung und Zentrale Vergabestelle auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZD/1004/2019	7
4 Auswertung und Fortschreibung des Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes Vorlage: DezIII/1016/2019	8
5 Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes im Gebührenhaushalt Vorlage: SFI/1001/2019	9
6 2. Bericht zur Finanzsituation 2019 zum 31.08.2019 Vorlage: SFI/0362/2019	10
7 Bericht der Wirtschaftsförderung über die medizinische Versorgungssituation in Meerbusch Vorlage: BJ/0355/2019	10
8 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0998/2019	11
9 Rechtliche Möglichkeiten zur Einschränkung von Wahlwerbung Vorlage: BJ/0351/2019	11
10 Genehmigung einer Dienstreise in die jap. Partnerstadt Shijonawate Vorlage: BM/1011/2019	11
11 Stand der Vorbereitungen zum Stadtjubiläum "50 Jahre Meerbusch" Vorlage: BM/0363/2019	12

12	Anträge.....	12
12.1	Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler v. 02.09.2019 zur Erstellung eines Bußgeldkatalogs für Ordnungswidrigkeiten bzgl. Umweltschutz Vorlage: BJ/0275/2019.....	12
13	Anfragen.....	13
14	Termin der nächsten Sitzung: 05. November 2019.....	13
15	Verschiedenes	13

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Stephan Benninghoven Wirtschaftsförderungsreferent

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro der Bürgermeisterin und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Sicherung der Grundschulversorgung im Ortsteil Büderich

2.1 Sicherung der Grundschulversorgung im Ortsteil Büderich; Verlagerung des Stadtarchivs Vorlage: BM/1020/2019

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, das Erwin-Heerich-Haus in Osterath um einen Archivtrakt auszubauen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Planung zu erstellen. Der Ausbau soll so rechtzeitig fertiggestellt werden, dass die freiwerdenden Räumlichkeiten am bisherigen Standort des Stadtarchivs ab dem Schuljahr 2021/22 für schulische Zwecke der Adam-Riese-Schule genutzt werden können. Die Entscheidung über die Betriebsträgerschaft wird in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zur Beratung des Tagesordnungspunktes sind Herr Kreiskulturdezernent Lonnes sowie der Leiter der Kreisarchives, Herr Dr. Schröder, anwesend.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Sie weist auf die Notwendigkeit des zeitnahen Ausbaus der Schulkapazitäten an der Adam-Riese-Schule aufgrund steigender Schülerzahlen und mangelnder Alternativen im Bereich der anderen Büdericher Grundschulen hin. Nach der erfolgten Prüfung hinsichtlich möglicher Räumlichkeiten in Meerbusch für das aus der Adam-Riese-Schule auszulagernde Stadtarchiv käme als geeignetste Lösung eine Anbindung an den zugehörigen Servicebereich Zentrale Dienste auf dem Gelände des Erwin-Heerich-Hauses in Betracht. Neben der Frage der räumlichen Unterbringung erachte sie aus personellen Gründen aber auch aufgrund der Möglichkeiten, ohne eigene finanzielle Aufwendungen für teure techn. Einrichtungen tätigen zu müssen, eine Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis Neuss für sinnvoll. Aufgrund des vorliegenden Angebotes würde diese je nach Variante zu einer Kosteneinsparung von 120.000 € bis 71.000 € /jährlich führen.

Herr Lonnes erläutert, dass die Übernahme des Stadtarchivs der Stadt Meerbusch im Jahr 2020 durch den Rhein-Kreis Neuss an den Standort des Kreisarchivs möglich sei, genauso möglich sei allerdings der Betrieb einer Außenstelle des Kreisarchivs am Standort Meerbusch. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolge durch den Kreis im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages im Auftrag der Stadt, die deshalb auch Herr des Verfahrens bleibe. Synergieeffekte entstünden insbesondere aufgrund der besseren personellen Ausstattung des Kreisarchivs, welches heute schon für die Städte Dormagen, Grevenbroich und Jüchen sowie die Gemeinde Rommerskirchen tätig sei, die Vorhaltung von hochwertiger Archivtechnik, Kostenreduzierungs-möglichkeiten im Bereich des Erwerbs von Lizenzen, die im Eigenbetrieb selbst erworben werden könnten. Aufgrund der größeren personellen Besetzung könnten Ausfälle kompensiert werden, was in Meerbusch mit nur 1.5 Mitarbeitern kaum möglich

sei. Eine regelmäßige Öffnung des Archives würde wie bisher gewährleistet. Durch das Zusammenschalten digitaler Inhalte und Findbücher mit dem Kreisarchiv erfolge eine Qualitäts- und Angebotsverbesserung für die Nutzer.

Ratsherr Damblon führt aus, dass eine Verlagerung des Archives aus den Räumen der Adam-Riese-Schule unumgänglich sei. Auch sei eine interkommunale Zusammenarbeit zur Nutzung der Synergien und Kostenreduktion sinnvoll. Durch den Verbleib des Archivgutes im städtischen Eigentum sowie den Verbleib des Standortes im Stadtgebiet seien keine Identitäts- oder Qualitätsverluste zu befürchten.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes teilt die Notwendigkeit der Auslagerung, eine Kooperation mit dem Kreis sieht sie allerdings kritisch und befürchtet, dass ein Identitätsverlust eintreten würde, wenn das städt. Archiv nicht mit eigenem Personal weiterbetrieben würde.

Herr Lonnes führt hierzu aus, dass die personelle Besetzung entsprechend den Anforderungen mit 1,58 Stellen vorgesehen sei. Hierzu zähle ein ausgebildeter Archivar und eine Hilfskraft, der ständige Dienort der Mitarbeiter/innen sei Meerbusch. Lediglich zur Kompensation von Ausfällen und Sicherstellung der Öffnung würde ggfs. Personal anderer Standorte einbezogen, eine mangelnde Identifikation könne jedoch ausgeschlossen werden.

Ratsherr Peters stimmt der räumlichen Verlagerung des Stadtarchivs zu, der Betrieb des Archivs solle aber weiterhin durch die Stadt erfolgen. Er moniert genau wie Ratsherr Rettig, dass das Kostenangebot des RK Neuss nicht nachvollziehbar sei. Offensichtlich würden nicht alle Kostenpositionen weitergegeben und damit Archivkosten für Kommunen aus dem Kreishaushalt finanziert.

Herr Dr. Schröder nimmt nochmals auf die Synergien Bezug. Ein wesentlicher Vorteil sei, dass sich die Kreismitarbeiter auf bestimmte Archivaufgaben spezialisiert hätten und damit die Qualität der archivistischen Arbeit steige. Die Vorhaltung von teurer Spezialtechnik an einem Standort ermögliche es, Sicherungsmaßnahmen durchzuführen und Archivgut vor dem Verfall zu retten. Die Vereinigung von Datenbanken und Recherchemöglichkeiten eröffne im Rahmen einer Trägerschaft durch den Kreis deutlich weitreichendere Zugriffe auf Archivalien. Herr Lonnes nimmt noch einmal Stellung zum Kostenangebot. Die Darstellung der Kosten sei sachgerecht anhand der tatsächlichen Aufwendungen erfolgt und entspreche den Abrechnungsmodalitäten für die übrigen kreisangehörigen Kommunen; die Kreisumlage sei nicht zweckgebunden.

Ratsherr Neuhausen regt an, von der Rückgabe des Kirchenarchivs von St. Stephanus an das Bistum Aachen abzusehen. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert hierzu, dass dies im Rahmen der vertraglichen Regelung festgelegt werden könne.

Ratsherr Becker beantragt, aus Gründen der Dringlichkeit der Lösung der schulischen Probleme heute nur einen Teilbeschluss zu fassen und die Entscheidung zur Übertragung an den Kreis zu vertagen.

2.2 Antrag der Fraktionen SPD, FDP, Bündnis 90 - Die Grünen, UWG - Freie Wähler sowie Linke und Piraten v. 03.09.2019 bzgl. Verbleib des Stadtarchivs in Meerbusch Vorlage: BJ/0274/2019

Aufgrund der Beratung und Beschlussfassung zu TOP 2.1 erfolgt keine weitere Abstimmung zum Antrag.

3 Übertragung der Aufgaben der Rechnungsprüfung und Zentrale Vergabestelle auf den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: ZD/1004/2019

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Kooperation bei der örtlichen Rechnungsprüfung und Vergabe zwischen der Stadt Meerbusch und dem Rhein-Kreis Neuss ab dem 1. Januar 2020 vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages zu beschließen. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Bezirksregierung Düsseldorf.

Mit Ablauf des 31.12.2019 werden der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Herr Städt. Verwaltungsdirektor Thomas Fox, sowie die bestellte Prüferin Frau Beate Watton und die bestellten Prüfer, Stadtamtsrat Uwe Blitz sowie Stadtbauamtsrat Rolf Reinecke als Prüferin bzw. Prüfer abberufen.

Des Weiteren empfiehlt der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss dem Rat Stadtamt-frau Andrea Sarabi und Frau Stadtoberinspektorin Vera Strucks befristet bis zum 31.12.2019 zu Rechnungsprüferinnen zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	14	4	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Aufgrund knapper werdender personeller Ressourcen aber auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenwahrnehmung schlägt sie vor, dem Beispiel aller kreisangehörigen Kommunen bis auf die Stadt Neuss zu folgen und die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes an den RK Neuss zu übertragen.

Ratsherr Peters sowie Ratsherr Rettig sprechen sich gegen eine Übertragung aus, da für ihn nicht nachvollziehbar sei, inwieweit sich bei gleichen Arbeitsumfängen Kosteneinsparungen ergeben könnten.

Ratsherr Damblon erläutert, dass durch die Zusammenlegung Synergieeffekte entstünden, die zu nutzen seien. Fachpersonal sei nicht übermäßig verfügbar, weiterhin handle es sich um reine Back-Office-Tätigkeiten, die keine Auswirkungen auf die Bürger/innen hätten. In den nächsten Jahren stünden zudem zahlreiche Herausforderungen mit großen finanziellen Aufwendungen an, daher sei es sinnvoll, wirtschaftliche Kooperationen einzugehen.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erläutert, dass die Vorteile der Übertragung auf der Hand lägen.

Auf Nachfrage der UWG-Fraktion führt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage aus, dass die betroffenen Mitarbeiter/innen frühzeitig einbezogen worden seien und adäquate Lösungen für deren weitere Tätigkeit bei der Stadt Meerbusch abgesprochen werden konnten.

Sodann wird über die Vorlage abgestimmt.

4 Auswertung und Fortschreibung des Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes Vorlage: DezIII/1016/2019

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss nimmt die Auswertung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes zur Kenntnis. Er beschließt, das Konzept wie in der Anlage beschrieben fortzuführen und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen sukzessive umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Rettig weist darauf hin, dass die vorgesehenen Aufwendungen zu den einzelnen Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2020 thematisiert werden sollten und kein Vorgehen im Rahmen der Beratung der Vorlage erfolgen sollte.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stimmt dem zu. Die Auflistung zeige die im Rahmen der Fortschreibung des Konzeptes für 2020 geplanten Maßnahmen, eine endgültige Beschlussfassung hierzu solle im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgen.

Antrag der SPD-Fraktion

Zum TOP liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2019 zur Prüfung einer Inanspruchnahme der Kommunalberatung Klimafolgeanpassung NRW vor.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt hierzu aus, dass das vorliegende Konzept sehr in die Breite, stellenweise jedoch nicht ausreichend in die Tiefe ginge. Um dies zu berücksichtigen sei eine Beratung sinnvoll. Ebenso solle die soziale Gerechtigkeit im Rahmen der Fortschreibung des Konzeptes in den Fokus rücken.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass eine Prüfung der Beratung vorgesehen sei und durch die Verwaltung erfolge. Im Rahmen der Vorbereitung der Sitzung konnten jedoch keine Informationen zum Landesprogramm durch das ausführende Institut zur Verfügung gestellt werden.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Zum TOP liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.09.2019 vor.

Ratsherr Peters führt aus, dass das Konzept durch die Bildung eines eigenen Umweltausschusses mehr Gewicht bekommen sollte. Ebenso sollten nicht nur aktive Maßnahmen zum Klimaschutz, sondern auch die Auswirkungen anderer Maßnahmen auf das Klima berücksichtigt werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass bei Neubildung eines Ausschusses das Verfahren zur Vergabe der Ausschussvorsitze neu durchlaufen werden müsse. Aufgrund der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode halte sie dies nicht für sinnvoll.

Ratsherr Damblon führt aus, dass das Thema Umwelt auch im Bau- und Umweltausschuss umfangreich beraten werde, ebenso mittlerweile auch regelmäßig in anderen Ausschüssen. Ein erneutes Verfahren zur Vergabe der Ausschussvorsitze, wie es üblicherweise zu Beginn einer Legislaturperiode vorgenommen werde, sei daher unverhältnismäßig.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass im Rahmen des Beschlusses zur Resolution in der letzten Ratssitzung bereits zahlreiche Aspekte festgelegt worden seien, die sich mit den Inhalten des vorliegenden Antrages überschneiden. Die Kommunikation und Vermittlung umfangreicher Themen sei bereits jetzt zwischen den Ausschüssen und Arbeitskreisen schwer umsetzbar und lückenhaft. Die unter Punkt 2 des Antrages gewünschte Berücksichtigung nachhaltiger Entwicklungsziele sei deckungsgleich mit der städtischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes weist darauf hin, dass die Bündelung im Bau- und Umweltausschuss eben aufgrund der thematischen Überschneidungen erfolgt sei und im Baubereich eine Berücksichtigung der Umwelt zentral sei.

Ratsherr Peters zieht sodann die Punkte 2 (nachhaltige Entwicklungsziele) und 3 (Bildung eines separaten Ausschusses) zurück.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die Berücksichtigung der in Punkt 1 des Antrages geforderten Rundumbetrachtung in der Praxis nicht umsetzbar sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher führt dazu aus, dass eine sachgerechte Berücksichtigung der Auswirkungen einzelner Maßnahmen, etwa die Umweltschäden durch den Ausbau eines Radweges gegenüber den Emissionseinsparungen durch die zusätzlichen Radfahrer, nicht quantifizierbar sei.

Sodann wird über Punkt 1 des Antrages – positive Gesamtklimaentwicklung mit 360- Grad-Blick - abgestimmt.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	6	12	

5 Festsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes im Gebührenhaushalt **Vorlage: SFI/1001/2019**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch zu beschließen, den kalkulatorischen Zinssatz ab dem Kalkulationsjahr 2020 auf 5,56 % festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP			2
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16		2

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Damblon führt aus, dass ein Herabsetzen des kalkulatorischen Zinssatzes sinnvoll sei, um Rechtssicherheit zu wahren.

Ratsherr Rettig beantragt, den kalkulatorischen Zinssatz entgegen dem Verwaltungsvorschlag auf 5% zu senken.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	5	13	

6 2. Bericht zur Finanzsituation 2019 zum 31.08.2019
Vorlage: SFI/0362/2019

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7 Bericht der Wirtschaftsförderung über die medizinische Versorgungssituation in Meerbusch
Vorlage: BJ/0355/2019

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

8 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/0998/2019

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 1) zu beschließen.

Folgende Bereiche werden über die Festsetzung des beigefügten Verordnungsentwurfes hinaus erweitert:

Dorfstraße, ab Höhe Haus-Nr. 2 bis Höhe Haus-Nr. 72
 Düsseldorf Straße, Höhe Haus-Nr. 1 bis Höhe Haus-Nr. 116

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Erweiterung der betroffenen Bereiche an der Dorfstraße und der Düsseldorf Straße. Hintergrund sei die Berücksichtigung von Geschäften im Bereich der Dorfstraße bis zum Landsknecht sowie die Verbindung der Bereiche Dorfstraße und Deutsches Eck über die Düsseldorf Straße.

9 Rechtliche Möglichkeiten zur Einschränkung von Wahlwerbung
Vorlage: BJ/0351/2019

Der Leiter des Büros Bürgermeisterin und Justitiariat, Herr Dr. Saturra, führt zu den Inhalten der vorliegenden Informationsvorlage aus.

Ratsherr Rettig wünscht einen Beschluss zur Festlegung der Zahl an Plakaten sowie eine Definition, wie der Begriff der Wahl hinsichtlich gleichzeitig stattfindender Wahlen im Kontext auszulegen sei.

Im Ausschuss besteht Einigkeit, dass die Zahl der zulässigen Plakate aufgrund der Aspekte des Umweltschutzes auch bei gleichzeitig mehreren Wahlen nicht übermäßig erhöht werden solle, zumal die Wirksamkeit der Wahlwerbung bekanntermaßen gering sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage regt an, in der kommenden Sitzung eine Beschlussvorlage der Verwaltung zur Berücksichtigung dieser Aspekte vorzulegen. Dem wird zugestimmt.

10 Genehmigung einer Dienstreise in die jap. Partnerstadt Shijonawate
Vorlage: BM/1011/2019

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss genehmigt die Dienstreise des 1. Stellv. Bürgermeisters Leo Jürgens sowie des 2. Stellv. Bürgermeister Michael Billen im April 2020 nach Shijonawate.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		1
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	16	1	1

Antrag der SPD-Fraktion vom 24.09.2019 zur Berücksichtigung von Kompensationszahlungen an eine geeignete Non-Profit-Organisation aufgrund der mit der Reise verbundenen Treibhausgasemissionen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11 Stand der Vorbereitungen zum Stadtjubiläum "50 Jahre Meerbusch"
Vorlage: BM/0363/2019

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

12 Anträge

12.1 Antrag der Fraktion UWG/Freie Wähler v. 02.09.2019 zur Erstellung eines Bußgeldkatalogs für Ordnungswidrigkeiten bzgl. Umweltschutz
Vorlage: BJ/0275/2019

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah einen Bußgeldkatalog für Ordnungswidrigkeiten bzgl. Umweltschutz zu entwerfen.
2. Die Verwaltung wird dabei Maßnahmen anderer Städte und Kommunen bzgl. ihrer Anwendbarkeit in Meerbusch kritisch prüfen.
3. Die Verwaltung schlägt die Bußgelder entsprechend ihrer Bedeutung für den Umweltschutz und im Speziellen für die Vermeidung von Müllablagerungen vor.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	17	1	

Ratsfrau Henning führt zum vorliegenden Antrag aus.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert, dass sich die anzuwendenden Bußgelder über die Ordnungsbehördliche Verordnung an den Festsetzungen des Ordnungswidrigkeitengesetzes sowie den entsprechenden bundes- und landesgesetzlichen Regelungen orientieren.

Ratsherren Peters, Rettig und Damblon führen aus, dass die Erhöhung der Geldbußen eine symbolische Wirkung habe, die zu Abschreckung führen könnten. Darüber hinaus sollte ein entsprechender Hinweis auf der Internetseite erfolgen.

Ratsherr Becker ist der Auffassung, dass höhere Bußgelder zu keiner Verbesserung führen würden; dies sei durch diverse Studien belegt.

13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

14 Termin der nächsten Sitzung: 05. November 2019**15 Verschiedenes**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 10. Oktober 2019

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer